

Antrag Nr. 05-F-03-0132

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Erhalt der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2005 -

Antragstext:

CDU/SPD Bundesregierung muss die Kürzungen der Fördermittel für den ÖPNV zurücknehmen

Bereits im nächsten Jahr will die CDU/SPD Bundesregierung die Regionalisierungsmittel, die auch dem Wiesbadener Nahverkehr zugute kommen, von derzeit 7 Milliarden Euro um fünf Prozent kürzen und in den darauf folgenden Jahren noch stärker reduzieren.

Insgesamt sollen bis 2009 rund 3 Mrd. Euro gestrichen werden. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen erwartet ab 2006 Fahrpreissteigerungen in zweistelliger Höhe.

Kürzungen von Mitteln für den Nahverkehr schaden allen ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzern, die ohnehin schon durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung und die Verringerung der Pendlerpauschale zur Kasse gebeten werden.

Die drastische Verringerung der Regionalisierungsmittel, die ursprünglich bis 2007 und sogar mit Steigerungsraten zugesichert waren, ist im Hinblick auf Umweltschutzaspekte und Verkehrsinfrastrukturentwicklung als kontraproduktiv zu bewerten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat aufgefordert:

- sich mit den Gebietskörperschaften in der Region und dem Hessischen Städtetag zusammenschließen und gegen die verbraucherfeindlichen und ökologisch schädlichen Kürzungen der CDU/SPD Bundesregierung zu protestieren und
- dabei zu verdeutlichen, dass die Kürzungen der Mittel für den Nahverkehr eine Angebotsausdünnung oder Preiserhöhungen bei Bus und Bahn nach sich ziehen werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundestagsabgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul und Kristine Köhler auf, einem Haushalt, der die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommt, verbraucherfeindlich und unökologisch ist, ihre Zustimmung zu verweigern.
- Darüber hinaus soll der Magistrat der Hessischen Landesregierung erklären, dass, bezogen auf die konkrete Situation in der Region, Einsparungen durch Ausschreibung von Verkehrsleistungen aufgrund der Dauer der abgeschlossenen Verträge derzeit nicht erzielbar sind.

Begründung:

Wiesbaden, 06.12.2005

gez.: Stefan Burghardt
Fraktionsvorsitzender

f. d. R.: Ludger Nuphaus
Fraktionsgeschäftsstelle